



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preistafel 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Betlungsregister.

Inhalt: Der Klassenstaat, die „christlich-nationale“ und die freie Arbeiterbewegung. — Der Zustand bei der Firma Hiller in Königsberg. — Arbeiterkinder-Glenb. — Feuilleton: Friedrich Schiller. — Korrespondenzen (Mittenburg, Braunschweig, Breslau, Karlsruhe). — Rundschau. — Literatur. — Adressenveränderungen. — Abrechnungen.

Der Klassenstaat, die „christlich-nationale“ und die freie Arbeiterbewegung.

„Predigt nur immer brav Geduld, so ist die Sklaverei fertig.“
 „Wo von innen Sklaverei ist, wird sie von außen bald kommen.“
 Seume.

Der gesellschaftliche Reichtum befindet sich in wenigen Händen, denn der Reichtum des Kapitalismus bedingt ein armes Volk. Riesenhaft sind die Produktionskräfte gewachsen, riesenhaft wuchs auch der Reichtum durch gesteigerte Ausbeutung, durch vermehrte Armut. Daß das arbeitende Volk keinen Anteil am gesteigerten Reichtum genommen hat, wird auch durch amtliche Feststellungen bestätigt. Nach dem amtlichen Bericht der Charlottenburger Armenverwaltung hat die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse die Armen- und Waisenspflege schwer belastet, und die gesteigerten Wohnungsmieten im Verein mit den hohen Lebensmittelpreisen haben die Ausgaben erhöht, ohne daß die Armen deshalb mehr als früher bekommen hätten. Nicht viel besser liegen die Dinge in Zeiten der Konjunktur. Die Löhne halten nicht Schritt mit der Preissteigerung für Lebensmittel und Wohnungsmieten. Als Maßstab dafür braucht man nur die Ernährungsverhältnisse der Volksschulkinder heranzuziehen. Ein erfahrener Schularzt, Sanitätsrat Dr. Cunn, sagte auf der 2. Jahresversammlung der Schulärzte am 2. Juni 1909 in Dessau: „Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß der durchschnittliche Kräfte- und Ernährungszustand unserer Volksschulkinder weit unter dem Normalzustand zurückbleibt...“ Warum hat sich denn, so fragen wir die Gegner, der Kinder-, Frauen- und Arbeiterschutz notwendig gemacht? Wenn die Arbeiter wirklich in dem Maße am Reichtum teilgenommen haben, wie behauptet wird, wäre die Sozialgesetzgebung nicht zum weitaus größten Teil überflüssig?

Es sollte Aufgabe des Staates sein, die Armen und Schwachen gegen die reichen Ausbeuter wirksam zu schützen. Statt dessen trägt er selbst als Arbeitgeber zur Verschlechterung der Lage der Arbeiter bei und läßt es zu, daß die vorhandenen geringen Schutzbestimmungen umgangen und ausgehakt werden können. Bei den Kämpfen der Arbeiter um menschenwürdigeres Dasein schlägt er sich auf die Seite des industriellen Scharfmachers, und den Staatsarbeitern unterbindet er diesen Kampf durch Vernichtung des Koalitionsrechtes. Das Verhältnis zwischen Arbeiter und

Unternehmer wird blutig beleuchtet durch einen Appell des Verbandes deutscher Kriegsveteranen im Chemnitzer Tageblatt „an alle national gesinnten und christlich denkenden Arbeitgeber und Betriebsleiter“, in dem darauf hingewiesen wird, daß Veteranen aus der Arbeit grundlos entlassen, und dafür jüngere Leute, sehr oft Ausländer, eingestellt würden. Weiter heißt es: „Da oft ein treues Tier das Gnadenbrot bis an sein Lebensende erhält, dürfte es wohl auch ein sehr berechtigter Wunsch sein, daß auch dem Menschen im vorgerückten Alter die gleiche Berücksichtigung zuteil werde“. Der alt gewordene Arbeiter trägt eben nicht mehr zur Vermehrung des Profits bei und wird seinem Schicksal überlassen. Dabei haben die Leute ihre Lage insofern mit verschuldet, als sie den Emanzipationskampf des Klassenbewußten Proletariats ignorierten und erschwerten und den wahren Charakter des Klassenstaates mit dem Mantel der „christlichen Liebe“ verdunkeln halfen. Sehen sie denn nicht den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den Lehren des Christentums und den Taten der kapitalistischen Gesellschaft? Pfarrer Stählin, Nürnberg, sagt von diesem Gegensatz: „Der Gegensatz wäre vielleicht nicht so groß geworden, wenn die Kirche z. B. in seinem Namen gekämpft hätte gegen Wohnungsnot, gegen die Zerstörung des Familienlebens durch die Fabrikarbeit der Frau, gegen die Gefährdung der heranwachsenden Generation durch Heimarbeit usw.“ Hier, wo der Profit einer relativ kleinen Gruppe von Menschen gefährdet ist, hört das Christentum auf. Die Kirche erblickt vielmehr ihre Aufgabe darin, das arbeitende Volk von der Unantastbarkeit der kapitalistischen Ordnung zu überzeugen und zur Entfugung anzuhalten. Das vornehmste Werkzeug erblickt sie in der Volksschule und der „christlich-nationalen“ Arbeiterbewegung. Es sind Dinge zu Tage gefördert, die zu der Annahme berechtigen, daß zwischen Berlin und Rom Maßnahmen gegen die kulturfördernde Arbeit der freien Arbeiterbewegung vereinbart wurden. In diesen Vereinbarungen spielen die „Christlichen“ eine große Rolle.

Derselbe Pfarrer sagt von der „nationalen“ Arbeiterbewegung: „Der Haß gegen die Gelben ist allgemein, denn sie erkaufen sich selbst ein ruhiges Dasein. Ebenso allgemein ist der Haß gegen die Christlichen... Aber nicht nur vom Standpunkt der Sozialdemokratie, sondern von unserem eigenen Standpunkt müssen wir in der christlichen Arbeiterbewegung ein Uebel erblicken...“ Es ist zu wünschen, daß immer weitere Kreise der Arbeiter den schädigenden Charakter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung erkennen lernen, und sich der immer mächtiger werdenden freien Arbeiterbewegung anschließen. Die Führer der christlichen Arbeiterbewegung haben eingestandenmaßen lebhaft ihres Reichstagsmandates wegen die Interessen der Arbeiter verleugnet und geschädigt, und es gehört heute zu den vornehmsten Aufgaben der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei, die „christlich-nationalen“ Arbeiter in diesem Sinne aufzuklären. Die Zukunft wird ihnen, wohin die Politik der christlichen Arbeiter-

führer geht. Im Stadterordnetenkollegium der Zentrumshochburg Aachen deutete Oberbürgermeister Voltmann darauf hin, daß ganz besonders der Arbeiter- und Mittelstand von der Finanzreform getroffen wird, und daß, wenn seine Voraussetzungen begünstigt werde, den Betroffenen die Augen von selbst aufgehen würden. Und die Augen müssen ihnen allen aufgehen, denn die herrschende Gesellschaft trägt nachgerade genug dazu bei.

Wenn auch das Wort Seumes: „Die Gelehrten haben meist die abgeschliffenste Gleichgültigkeit gegen Recht und Unrecht und vermieten ihr bisher erbärmliche Dialektik für den schmutzigsten Gewinn an den Meistbietenden“ heute noch volle Geltung hat, so finden sich doch Gelehrte, die offen ansprechen, was Hunderte ihrer Starbesessenen denken. So schrieb im Juni 1909 Professor Niebergall in der Monatschrift Nord und Süd, nachdem er den Ausspruch eines Fabrikanten wiedergegeben dahingehend, daß viele seiner Arbeiter nur darum keine Sozialdemokraten seien, weil sie dafür zu bumm wären: „Und in der Tat, das kann man wohl sagen, die Sozialdemokratie kommt nur dahin, wo einigermassen höhere Interessen sind, und wo sie herrscht, da weckt sie höhere Interessen. Sie gilt schon jetzt in weiten Kreisen als die große Bedrohung des geistigen Lebens der Leute; was die Volksschule begonnen, was aber alle bürgerlichen Veranstaltungen nicht fertig gebracht haben — wer hat sich übrigens in solchen Kreisen außer bei Wahlzeiten um das geringe Volk gekümmert? Das rächt sich jetzt bitter — das hat die Sozialdemokratie fest in die Hand genommen.“ Aber auch von den materiellen Verbesserungen sagen amtliche Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten, daß sie infolge des Drängens der Arbeiter und der gewerkschaftlichen Kämpfe den Arbeitern zuteil wurden. Die schlechtesten Verhältnisse sind da vorhanden, wo die Arbeiter den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei fern stehen. Davan ändern auch alle sogenannten Wohlfahrtsvereinigungen und Wohltätigkeitsveranstaltungen nichts. Die Arbeiter wollen ein menschenwürdiges Dasein. Und auch von ihnen gilt der Satz: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Gerechtigkeit ist die Lösung:

„Wenn man nur erst die Gnade vertilgt, wird die Gerechtigkeit schon kommen.“

fp.

Der Zustand bei der Firma Hiller in Königsberg.

Als im Jahre 1907 die Tarifverhandlungen in Königsberg beendet waren und der Tarif mit dem 1. Januar 1908 in Kraft treten sollte, war es von den größeren und mittleren Druckereien, die ausnahmslos den Tarif anerkannten, nur die Firma Hiller, die der Tarifanerkennung dadurch aus dem Wege ging, daß sie einem Teil Hilfspersonal eine Zulage gab, aber daran die Bedingung knüpfte, daß die Unlgerinnern aus dem Verband austreten müßten. Fast alle erfüllten damals diese Bedingung, denn sie hofften durch weitere Zulagen auch

ohne die Organisation bald den Tariflohn zu erhalten. Diese Hoffnung hat sich nun nicht erfüllt und die Enttäuschten fanden nun wieder den Weg zur Organisation. Mit deren Hilfe war es nun möglich, neuerdings die Anerkennung des Tarifs zu beantragen und als hierbei auch diesmal abgelehnt wurde, legten am 26. Oktober 13 Kollegen aus der Steindruck- und Ziegel-Abteilung die Arbeit nieder und am 28. Oktober folgten 10 Kolleginnen der Buchdruck-Abteilung, so daß bis auf 2 alle einmütig für ihren Tarif eingetreten sind. Die beiden stehengebliebenen „Stützen“ hoffen nun mit anderen Kräften gemeinsam den Chef über die schlimme Zeit hinwegzuhelfen, ob es gelingt, muß natürlich abgewartet werden, denn auf verschiedene Annonzen hin hat sich niemand gemeldet, da geübte Kräfte auch in Königsberg sehr knapp sind, und die als Hausstreifer aus dem Klebeaal kommandierten Arbeiterinnen finden an der sehr unfaulbaren Arbeit (es müssen oft Wasen gewaschen werden usw.) keinen Gefallen und haben erklärt, diese Arbeit nicht mehr verrichten zu können. — Die Geschlossenheit und Einigkeit der Ausständigen ist musterhaft und es ist zu erwarten, daß bei weiterem geschlossenen Ausmarsch auch Verhandlungen angebahnt werden, die dann hoffentlich die Tarifanerkennung auch in dieser Druckerei bringen. Fast schon 2 Jahre haben die Kollegen und Kolleginnen der anderen Königsberger Druckereien die durch den Tarif geschaffenen Verbesserungen und es ist endlich an der Zeit, daß nun auch diese Druckerei als letzte folgt, denn es liegen große und dringende Aufträge vor. Die Kollegenschaft in Deutschland sieht nach Königsberg und erwartet, daß die in Frage kommenden Kolleginnen weiter so einmütig und geschlossen zusammen halten, dann muß der Sieg bald erlangen sein.

Arbeiterkinder-Elend.

Seit dem 1. Oktober 1904 hat die Stadtverwaltung Mannheim einen Schularzt im Hauptamt angestellt und ist damit in die Reihe derjenigen wenigen Städte getreten, die der wichtigen schulärztlichen Frage eine besondere Beachtung schenken. Die Anstellung eines ständigen Schularztes wurde damals begründet, daß zur Vertiefung in die Schulhygiene die betreffende Persönlichkeit sich ganz dieser Aufgabe widmen müsse, was im Nebenamt nicht gut möglich sei und auch ein regelmäßiger schulärztlicher Dienst sich nebenamtlich schwer durchführen lasse.

Nach den vorliegenden Berichten, von denen der letzte erst kürzlich erschienen ist, erstreckt sich die Tätigkeit des Schularztes auf alle das körper-

liche Wohl berührenden Fragen, so auf die Unterbringung der Schüler in den Schulräumen, ob die Schulbänke für die Größe des sie benutzenden Kindes passen sind, auf die Belüftung, Lüftung und Reinigung der Lokalitäten, auf die Badeeinrichtungen und deren vorteilhafte Benutzung, auf den Turnunterricht, die Staubentwidelung, Feuchtigkeitsverhältnisse usw. Ferner hat der Schularzt diejenigen Schüler zu bezeichnen, die in ihrer Ernährung zurückgeblieben sind und daher an dem von der Stadtverwaltung unentgeltlich gespendeten in $\frac{1}{4}$ Liter Milch und einem Brötchen bestehenden Frühstück teilnehmen dürfen. Der hierfür im vergangenen Winter gemachte Aufwand betrug 25 000 Mk. Auch die eines Ferienaufenthaltes bedürftigen Schüler werden vom Schularzt bezeichnet. Als gesundheitlich eines solchen Ferienaufenthaltes bedürftig wurden in diesem Jahre im ganzen 920 Knaben und 1018 Mädchen bezeichnet, das sind, so heißt es im Bericht des Schularztes 25 Proz. der gesamten über 10 Jahre alten Schulbevölkerung. Da es aber dem Verein für Ferienkolonien an den erforderlichen Mitteln zur Unterbringung so zahlreicher Schüler fehlte, so konnten nur 372 Knaben und 409 Mädchen untergebracht werden. Der Bericht konstatiert dann, daß das in die Ferienkolonien geschickte Schülermaterial schlechter und daher die Erfolge geringer geworden seien. Von den Kolonieführern wurde allgemein die Beobachtung gemacht, daß viele Kinder im Anfang gar keinen Appetit haben, weil ihr Magen keine regelmäßige Tätigkeit gewöhnt ist. . . . Je schwächer Kinder sind, desto später stellt sich eine Besserung der Ernährungsverhältnisse ein.

Von ganz besonderer Wichtigkeit ist, was der Schularzt über die gesundheitlichen und körperlichen Verhältnisse der ihm auch unterstellten Schüler der Bürgerschule (erweiterte Volksschule, Schulgeld jährlich 28 Mk.) zu berichten hat. Es heißt da: „In früheren Berichten wurde anlässlich der Erörterung der Schulbankfrage schon öfter darauf hingewiesen, daß das Schülermaterial der Bürgerschule in Körpergröße und Körpergewicht um mindestens ein Jahreswachstum voraus ist. Das gleiche läßt sich aus den vierjährigen Erhebungen über Körpergröße und Gewicht der Kinder ergeben. Bei den Reigenuntersuchungen und schulärztlichen Sprechstunden in der Bürgerschule sind Kinder mit so schlechten Ernährungs- und Gesundheitsverhältnissen, wie die Gruppen der eines Kolonienaufenthaltes als dringend bedürftig bezeichnet und wirklich berücksichtigten Kinder in der Tat überhaupt garnicht anzutreffen.“ Nach einer dem Bericht beigegebenen Tabelle betrug in der ersten Normalklasse das Durchschnittsgewicht bei den

Knaben der Bürgerschule 21,19 und bei den Knaben der Volksschule nur 19,88 Kilogramm. Das gleiche Verhältnis besteht auch in den höheren Klassen, sowohl bei Knaben wie bei Mädchen. Auch waren die Kinder der Bürgerschule im Durchschnitt größer gewachsen als die Volksschüler.

Diese schulärztlichen Feststellungen sprechen Bände! Sie zeigen, wie die unteren Klassen an Unterernährung leiden, denn das, was bei den Kindern festgestellt wurde, trifft sicherlich erst recht bei deren Eltern zu. Schlechte Wohnungen und mangelhafte Ernährung, wozu dann auch noch ungenügende Bekleidung kommt, sind die Ursachen der schlechten körperlichen Entwicklung der Arbeiterkinder. Der hier mit den Kindern des Mittelstandes gemachte Vergleich zeigt das zur Evidenz, was unserer Gegner aber nicht abhalten wird, von dem hohen wirtschaftlichen Aufschwung, den die Arbeiterklasse genommen haben soll, zu fabulieren und zu verlangen, daß sie sich endlich mit ihren „durchaus angemessenen“ Lohn zufrieden geben soll.

Korrespondenzen.

Mittenburg. Versammlung am 23. Oktober 09. Der Vorsitzende gab einen kurzen Ueberblick über das verfllossene 3. Quartal und beantragte, daß leider wieder ein Abgang von vier Mitgliedern aus der Hofbuchdruckerei zu verzeichnen ist. Angeblickt wird der Austritt mit der Strenge eines vorgelegten Kollegen begründet; da man es aber unterlassen hat, sich beschwerdeführend an den Vorstand zu wenden, kann man annehmen, daß die Kolleginnen sich in Wirklichkeit vor der Beitragszahlung brüden wollen. Die durch die Organisation erlangenen Zulagen sind sehr gerne angenommen worden, und nun vergessen diese Mitglieder, daß sie auch ferner verpflichtet sind, der Organisation treu zu bleiben. Hoffentlich wird durch tatkräftiges Zusammenarbeiten aller die Schwärze bald wieder ausgewest. Der erstattete Klassenbericht wurde debattelos angenommen. Hierauf hielt Kollege Preisjohann einen Vortrag über „Die neuen Steuern und die Organisation“. Der Redner führte an der Hand von reichem Material und Zahlen aus, daß man seit der Stottentottenwahl sich im Reichstag bemüht, den Arbeiter und der Arbeiterin auf ihre ohnehin schwer beladenen Schultern immer noch mehr indirekte Steuern abzuwälzen. Gerade die arbeitenden Frauen haben darunter am meisten zu leiden. Darum ist es die vornehmste Pflicht, daß man sich zusammenfindet, das heißt, sich organisiert, um Mindestlöhne, ebentuell örtliche Tarife zu schaffen, damit auch das Hilfspersonal wenigstens ein menschenwürdiges Dasein fristen kann. Der 4stündige Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Kollege Saube erstattete die beiden letzten Kartellberichte. Hervor-

Friedrich Schiller.

Geboren am 10. November 1759.

„In tyrannos“

schrieb Schiller als Motto einer späteren Ausgabe seines Jugenddramas „Die Räuber“. Und als der Fanfarenbläser der Freiheitsmusik „gegen die Tyrannen“ ist er dem deutschen Proletariat lieb und wert geworden. Es sieht in Schiller stets den freiheitstrunknen glühenden Dichter, der für seine „Räuber“ der Ehrenbürger der jungen französischen Republik geworden ist. Unerschuldeten — denn Schiller sah die Revolution, aber er begriff sie nicht. „Sie ist ihm ein Geseul geworden, sobald sie mit ehernen Sandalen einherzuschreiten begann.“*) Aber er ist oder war auch nicht der Dichter jener Bourgeoisie, die ihn heute gern zu ihrem Schutzpatron, zu ihrem Schwurzeuger und zahnmen Hahnpoeten machen möchte. Wir sehen im Geiste schon die „wohlmeinenden“ Interpreten des Schiller-Genius, wie sie sich z. B. in den Schulen am 10. November eifrig bemühen werden, Schiller von jedem schwarzen Verdacht zu reinigen. In tiefem Brustton werden sie deklamieren: „Freiheit ist nur in dem Reiche der Träume“.

Aber wie sie sich Krampfhaft bemühen, nachzuweisen, daß die Tat Tells eigentlich kein Tyrannenmord ist, sondern eine Notwehr gegen den per-

sönlichen Feind und Bedrücker. Eine Definition, zu der Schiller in „Wilhelm Tell“ allerdings den berechtigtesten Anlaß gibt. Aber das alles kann uns die Freude an Schiller und seinen herrlichen und unbergänglichen Werken nicht rauben. Er kannte die moderne Arbeiterklasse nicht, er war ein Sohn seiner Zeit und wenn man den Dichter ganz verstehen will, so darf man die Geschichte seines Lebens nicht übergehen. Hier ist kein Raum, das große Leben dieses großen Mannes in der nötigen Ausführlichkeit zu reproduzieren. Fast jede Ausgabe seiner Werke, die heute schon verhältnismäßig billig zu haben sind, ist mit einer ausführlichen Biographie geschmückt. Leider sind sie fast alle im landläufigen Stil gefaßt und lassen die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse jener Zeit völlig unberücksichtigt. Wir können unseren Kollegen deshalb nur anraten, das schon erwähnte Buch des Genossen Mehring zu studieren, das manches erklärt, was bürgerlichen Literaturhistorikern verborgen bleibt.

Wir wollen unsere Leser, wie schon gesagt, mit einer Biographie Schillers verschonen, ihn nicht gewissermaßen betrügen. Wir lassen im folgenden den Dichter selbst sprechen, möge er recht viele Leser zum Studium seiner Werke zwingen.

. . . Groß und beruhigend ist der Gedanke, daß gegen die trohigen Annahmen der Fürstengewalt endlich noch eine Hilfe vorhanden ist, daß ihre berechneten Pläne an der menschlichen Freiheit zu scheitern werden, daß ein herzhafter Widerstand auch den gestreckten Arm eines Despoten

beugen, helbenmütige Beharrung seine schrecklichen Hilfsquellen endlich erschöpfen kann.

*

Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht, Wenn der Gedrückte nirgend Recht kann finden, Wenn unerträglich wird die Last — greift er hinauf getroffen Mutes in den Himmel Und holt herunter seine ew'gen Rechte, Die drohen hangen unüberkerlich Und unzerbrechlich wie die Sterne selbst — Der alte Urstand der Natur kehrt wieder, Wo Mensch dem Menschen gegenübersteht — Zum letzten Mittel, wenn kein andres mehr Verfangen will, ist ihm das Schwert gegeben.

*

Hätte der Mensch fromm und schuldblos im Garten Eden weiter gelebt, so wäre aus ihm „das glücklichste und geistreichste aller Tiere geworden, — aber aus der Vormundtschaft des Naturtriebes war' er niemals getreten, frei und moralisch wären seine Handlungen niemals geworden, über die Grenze der Tierheit war' er niemals gestiegen. In einer wollüstigen Ruhe hätte er eine ewige Kindheit verlebt — und der Kreis, in welchem er sich bewegt hätte, wäre der kleinstmögliche gewesen, von der Begierde zum Genuß, vom Genuß zu der Ruhe, und von der Ruhe wieder zur Begierde“. . . . „Dieser Abfall des Menschen vom Instinkt, der das moralische Uebel zwar in die Schöpfung brachte, aber nur, um das moralische Gute darin möglich zu machen, ist ohne Widerspruch die glücklichste und größte Begebenheit in

*) „Schiller.“ Ein Lebensbild für deutsche Arbeiter von Franz Mehring.

zuheben ist, daß man für das Gewerkschaftsheim zur weiteren Ausstattung eine Anleihe von 10 000 Mark machen muß, und ist es erwünscht, daß das Geld von den Altenburger Gewerkschaften aufgebracht wird. Beschlossen wird, vorläufig eine abwartende Stellung einzunehmen. Beschlossen wurde ferner, daß wir nach Eröffnung des Gewerkschaftsheim's dorthin überziehen, um unsere Geschäfte dort zu erledigen. Pflicht ist es auch, daß man bei seinen Ausgängen stets das von den Altenburger Gewerkschaften gegründete Heim berücksichtigt, um es auf die Höhe zu bringen. Zur Kenntnis wird noch genommen, daß der Vorsitzende sich mit dem Hauptvorstand in Verbindung gesetzt hat wegen Uebernahme von allgemeinen Ausgaben, die die 7% Proz. übersteigen; mit dem Resultat ist die Versammlung einverstanden. Kollegin Wagner-Chemnitz hat ein Referat zum 21. November übernommen.

Braunschweig. General-Versammlung am 22. Oktober 1909. Vor Eintritt in die Tagesordnung rügte Kollege Radmacher die eigenartige Entscheidung des bisherigen Vorsitzenden Kollegen Stille wegen Nichterscheinens zur Versammlung. Als stellvertretender Vorsitzender fungierte Kollege Mertens. Nachdem das Protokoll vorgelesen war, erstattete Kollege Rischbieter den „Kartellbericht“. Er führte der Versammlung vor Augen, wie notwendig sich eine zweite Kraft im hiesigen Arbeitersekretariat bemerkbar machte, da sich die Arbeiten deselben so überhäufen, daß der Genosse Vogler tatsächlich nicht mehr in der Lage ist, allen Wünschen gerecht zu werden. Es ist nun vom Kartell beschlossene, daß eine zweite Kraft angestellt werden solle und zwar am 1. Januar 1910. Um die Kosten der Mehrausgabe nun zu decken, ist eine Erhöhung des Kartellbeitrages notwendig, diese Erhöhung wird von der Mehrheit der Gewerkschaften angenommen. Des weiteren stellte der Wirt des Gewerkschaftshauses an das Kartell das Ersuchen, ihm ein Entschädigung für die Benutzung seiner Lokalitäten zu bewilligen. Es wurde beschlossene, eine Entschädigung unter der Bedingung zu zahlen, wenn die alkoholfreien Getränke und Speisen zu alten Preisen geliefert werden. Kollege Mertens erstattete den Kassenbericht. Die Einnahme der Hauptkasse beträgt 222,65 Mk., die Ausgabe 205,96 Mk., sodas ein Bestand am Orte von 16,69 Mk. verbleibt. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 56,43 Mk., die Ausgabe 21,15 Mk., der Bestand beträgt 35,28 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Juni 1909 18 männliche und 21 weibliche; neu aufgenommen sind 8 männliche und 21 weibliche. Der Mitgliederbestand am 1. Oktober betrug 26 männliche und 42 weibliche. Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig befunden. Da der bisherige Vorsitzende Kollege Wille nicht mehr die nötige Zeit für uns übrig hat und unserer Sache leider nicht mehr das nötige Interesse entgegenbringt, wurde Kollege Rischbieter mit Stimmenmehrheit zum 1. Vorsitzenden gewählt. Als zweiter

Vorsitzender fungiert Kollegin Schomburg. Zum Kassierer wurde Kollege Mertens, zum Schriftführer Kollege Radmacher wiedergewählt. Des weiteren wurde gewählt als Beisitzer Kollegin Del, zu Revisoren die Kollegen Arens und Wülfle. Ferner war eine Wahl von Hauskassierern dringend notwendig. Es haben sich gemeldet die Kollegen Loffe, Wolf, Rischbieter, Gehrte, Radmacher und Gade. Dieselben werden die Posten vom 1. November ab versehen. Unter Verschiedenes gab Kollege Rischbieter den Bericht von der Sitzung der Partei- und Gewerkschaftsvorstände vom 22. September 1909. Es kam in dieser Sitzung die Lokalfrage zur Erörterung, da der größte Saal am Orte den Gewerkschaften sowie der Partei für alle Zeit verloren ist, sehen sich die einzelnen Organisationen genötigt, nach einem anderen geeigneten Lokal umzuziehen. Nach einer sehr lebhaften Debatte und reichlicher Ueberlegung wurde beschlossene, ein eigenes Heim zu bauen und die Mittel dazu durch Sammellisten und durch Marken, welcher jeder organisierte Arbeiter monatlich oder nach Belieben von den einzelnen Kassierern erhält, zu beschaffen. Es ist nun jeden Arbeiters Pflicht und Schuligkeit, nach besten Kräften zu diesem Fonds zu steuern, damit wir endlich einmal von den hiesigen Wirten unabhängig werden. Des weiteren kam die Bierfrage zur Erörterung, um nun endlich einmal mit der Ausbeutungswut der hiesigen Wirte und Brauereien zu brechen, wurde nach längerer und erregter Debatte beschlossene, den Bier- sowie Schnapsgenus nach Möglichkeit ganz einzuschränken, ganz gleich, ob zu altem oder neuem Preis, bis sich die Wirte und Brauereien bereit erklären, das Bier zu alten Preisen zu verabsolgen. Es wird daher jedem klassenbewußten Arbeiter ans Herz gelegt, sich unbedingt diesen Beschlüssen zu fügen, da es doch in seinem eigenen Interesse liegt. Mit einer Tellerfassung zu dem Hausfonds des Gewerkschaftshauses schloß die Sitzung der vereinigten Partei- und Gewerkschaftsvorstände. Des weiteren beschwerte sich Koll. Schwinge, daß uns niemals im Gewerkschaftshaus ein geeignetes Lokal zu unseren Versammlungen zur Verfügung gestellt wird. Die eigentliche Schuld betrifft größtenteils den Genossen Heine. Es wurde beschlossene, die Beschaffung eines geeigneten Lokals dem Vorstand zu überlassen. Zum Schluß forderte Kollege Radmacher alle Anwesenden auf, möglichst zahlreicher wie bisher die Versammlungen zu besuchen und sich recht lebhaft an den Debatten zu beteiligen, da in nächster Zeit sehr wichtige Fragen zu erledigen sind.

Breslau. Bei der am 17. Oktober 09 abgehaltenen Mitgliederversammlung konnten wir wieder nach der Protokollverlesung und Annahme derselben 4 Kollegen und 2 Kolleginnen als neue Mitglieder begrüßen, ein erfreuliches Zeichen dafür, daß der Organisationsgedanke immer mehr Platz greift. Hierauf kritisierte Kollege Abend in scharfer Weise die bei der erfolgten statistischen Auf-

nahme an den Tag gelegte Interessenlosigkeit. Es wäre doch endlich zu wünschen, daß bei derartigen Angelegenheiten mit etwas mehr Sorgfalt und Pünktlichkeit verfahren wird. Desgleichen machte derselbe bekannt, daß die Sammlung für die schwedischen Arbeiter weiter fortgesetzt wird und eruchte die Versammlung, um einer eventuellen Verzögerung bei den kurzfristigen Sammellisten vorzubeugen, eine Tellerfassung vorzunehmen, welchem Ersuchen auch zugestimmt wurde. Bei der am Sonntag, dem 10. Oktober 09, vorgenommenen Kassenrevision wurden Bücher und Kasse in Ordnung gefunden und auf Antrag der Revisionskommission dem Kassierer Decarage erteilt. Hierauf nahm Kollege Müller das Wort und rügte den Restanten scharf zu Leibe, welche durch ihre Gleichgültigkeit und Rücksichtslosigkeit dem Kassierer eine Ansumme von Zeitverlust und Arbeit verursachen, welches vermieden werden könnte, wenn jeder etwas mehr Ordnung halten würde. Kollege Abend machte hierauf auf die demnächst in Berlin stattfindende Gauleiter-Konferenz aufmerksam und ersucht die Versammlung, etwaige Wünsche bekannt zu geben. Die Kollegen Reinhold, Rühle und Müller stellten den Antrag, dem Gauleiter, Kollegen Abend, in der Provinz mehr Bewegungsfreiheit zu gewähren, damit es demselben ermöglicht wird, etwaige günstige Konjunkturen auszunützen, um neue Mitglieder zu gewinnen. Beim Punkt Tarifliches wurde lebhaft Klage geführt, daß die Firma Schatzky eine Tiegeldruck-Einlegerin, welche laut Tarif 9,50 Mk. zu bekommen hat, mit 9 Mk. entschädigt und dazu bei Fußbetrieb. Ebenso wird gegen die Firma Wiskott vor dem Tarifamt Klage wegen Nichtanerkennung des Tarifs erhoben werden. Alsdann gab Kollege Reinhold in ausführlicher Weise den Kartellbericht von drei Sitzungen und ermahnte die Versammlung, besonders den Schnapsboykott durchzuführen zu helfen, damit auf diese Weise den Junkern und Schnapsbaronen der riesenprofit etwas geschmälert wird. Für die Arbeiter in Schweden bewilligte das Gewerkschaftskartell 1000 Mk.

Stalrsruhe. Versammlung am 18. Oktober 1909. Nach Verlesen und Annahme des Protokolls sowie Aufnahme von 8 Kollegen bzw. Kolleginnen, verliest der Vorsitzende eine Einladung des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes. Unser diesjähriges Stiftungsfest findet am 27. November statt und wird einstimmig beschlossene, daß die Abnahme der Programme von den Mitgliedern obligatorisch ist, ebenso 20 Pf. Langgeld pro Mitglied, Nichtmitglieder 50 Pf. Kollege Krieger hielt einen Vortrag über: „Unsere nächsten Aufgaben in der Zeit der Lenierung.“ Nebner griff zurück auf das Jahr 1902, in welchem uns als sogenannte Weisnachtsgabe der Zolltarif geschenkt wurde. Durch die fortgesetzte Lenierung der notwendigsten Lebensmittel und den wirtschaftlichen Krisen, welche darauf folgten, wachten die Arbeiter auf von ihrer Gleichgültigkeit, denn das Jahr 1906 zeigte schon ein

der Menschengeschichte; von diesem Augenblicke her schreibt sich seine Freiheit.“

*
... Haltet ein!
Was für ein hirnverrückender Planet
Verwirrt euch also die gefunden Sinne?
Zehet, da euch Eintracht nur erhalten kann,
Wollt ihr in Haß euch trennen und euch selbst
Befehdend euren Untergang bereiten?

*
Seid umschlungen, Millionen!
Diesen Kuß der ganzen Welt!

*
D schöner Tag, wenn endlich der Soldat
Ins Leben heimkehrt, in die Menschlichkeit,
Zum frohen Zug die Fahnen sich entfalten,
Und heimwärts schlägt der sanfte Friedensmarsch,
Wenn alle Hütte sich und Helme schmiden,
Mit grünen Maien, dem letzten Raub der Felder!
Der Städte Tore gehen auf von selbst,
Nicht die Petarde braucht sie mehr zu sprengen;
Von Menschen sind die Wälle rings erfüllt,
Von friedlichen, die in die Hüfte grüßen, —
Hell klingt von allen Türmen das Geläut,
Des blut'gen Tages frohe Vesper schlagen.
Aus Dörfern und aus Städten wimmeln fröhnt
Ein jauchzend Volk, mit liebend emsiger
Zudringlichkeit des Heeres Fortzug hindern. —
Da schüttelt, froh des noch erlebten Tags,
Dem heimgekehrten Sohn der Weis die Hände.
Ein Fremdling tritt er in sein Eigentum,
Das längst verlassen, ein; mit breiten Nesten

Deckt ihn der Baum bei seiner Wiederkehr,
Der sich zur Erde bog, als er gegangen,
Und schamhaft tritt als Jungfrau ihm entgegen,
Die er einst an der Umme Brust verließ.
O! glücklich, wem dann auch sich eine Lir,
Sich zarte Arme sanft umschlingend öffnen. —

*
Und seht ihr nicht das Leben ein,
Wie wird euch das Leben gewonnen sein.

*
Sehen Sie sich um
In seiner herrlichen Natur! Auf Freiheit
Ist sie gegründet — und wie reich ist sie
Durch Freiheit! Er, der große Schöpfer, wirft
In einen Tropfen Tau den Wurm und läßt
Koch in den toten Räumen der Verwesung
Die Willkür sich ergöhen — Ihre Schöpfung,
Wie eng und arm! Das Rauschen eines Blattes
Erschreckt den Herrn der Christenheit — Sie müssen
Vor jeder Tugend zittern. Er — der Freiheit
Entzündende Erscheinung nicht zu führen —
Er läßt des Uebels grauenvolles Heer
In seinem Weltall lieber toben — ihn;
Den Künstler, wird man nicht gewahr, bescheiden
Verhüllt er sich in ewige Gesehe;
Die sieht der Freigeist, doch nicht ihn. Woju
Ein Gott? sagt er: die Welt ist sich genug.
Und keines Christen Andacht hat ihn mehr
Als dieses Freigeists Kästerung gepriesen.

*
Da verrammeln sie sich die gesunde Natur mit
abgeschmackten Konventionen, haben das Herz nicht,

ein Glas zu leeren, weil sie Gesundheit dazu trin-
nen müssen — belecken den Schühpfer, daß er sie
vertrete bei Ihrer Gnaden, und hubeln den armen
Schelm, den sie nicht fürchten. Vergöttern sich um
ein Mittagessen, und möchten einander vergiften
um ein Unterbett, das ihnen beim Aufstreich über-
boten wird. — Verdammen den Sabbuzier, der
nicht fleißig genug in die Kirche kommt, und be-
rechnen ihren Zubenjins am Altar — fallen auf
die Kniee, damit sie ja ihren Schlamp ausbreiten
können — wenden kein Auge vom Pfarrer, damit
sie sehen wie seine Pevrücke kriecht ist — fallen in
Ohnmacht, wenn sie eine Gans bluten sehen, und
klatschen in die Hände, wenn ihr Nebenbuhler bank-
rott von der Börse geht. — — —

*
Sklaverei ist niedrig, aber eine sklavische Ge-
sinnung in der Freiheit ist verächtlich; eine sklavi-
sche Beschäftigung hingegen ohne eine solche Ge-
sinnung ist es nicht, vielmehr kann das Niedrige
des Zustandes, mit Hoheit der Gesinnung verbun-
den, ins Erhabene übergehen.

Mit diesen wenigen karglichen Proben aus der
Geisteswerkstatt des großen Mannes wollen wir
es bewenden lassen. Sie beweisen die Vielseitig-
keit seines Denkens. Möge sich über Friedrich
Schiller streiten, wer Lust hat, die Arbeiterklasse
hört aus allen seinen Werken das heraus, was sie
mit ihm verbindet: die Hoheit seiner Gesinnung.
Für die Arbeiter bleibt der Dichter stets der
Schiller des

„In tyrannos!“

nahezu 2 Millionen starkes gewerkschaftlich-organisiertes Arbeiterheer. Durch die Reichsfinanzreform wurde aber den Schröpfungen der niederen Klassen die Krone alles bisherigen aufgesetzt; unsere nächsten Aufgaben sind daher: die Kollegenchaft aufzuklären, zu agitieren, die Arbeiterchaft zu einem großen Ganzen zusammen zu schließen, denn nur eine gut organisierte Arbeiterchaft kann mit Forderungen an das prozige Arbeitsgerberum herantreten. Zum Schluß seiner Ausführungen fordert derselbe die Kollegen und Kolleginnen auf, mitzuarbeiten und zu agitieren und dadurch die Verwaltung tatkräftig zu unterstützen. Reicher Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen. Dem Vortrag folgte eine sehr lebhaft Debatte. Nach einer Besprechung miltlicher Verhältnisse in der Braunschen Hofbuchdruckerei und Wadenia wurde die mäßig besuchte Versammlung geschlossen.

Rundschau.

50 Pfg. Geldstrafe muß in Zukunft, nach einem Beschluß des Vereins Leipziger Buchdruckermeister, jeder Arbeitgeber oder Arbeitnehmer bezahlen, der sich eine Umgehung des tariflichen Arbeitsnachweises für das Hilfspersonal zu schulden kommen läßt. Der Beschluß ist angeblich auf eine Beschwerde des Nachweisesalters zurückzuführen, der darin eine Erschwerung der Tätigkeit des Nachweises erblickt, daß die Hilfsarbeiterinnen häufig durch Anfragen in den Druckereien Stellungen erhalten. Es ist erfreulich, daß man gegen jede Verletzung der tariflichen Bestimmungen, und dazu gehört die Umgehung des paritätischen Arbeitsnachweises, Front macht und sie durch geeignete Maßnahmen zu verhindern vermag; aber der in diesem Falle gefaßte Beschluß dürfte nach unserer Meinung nicht die erhoffte Wirkung haben. Man glaube doch nicht, daß ein Druckereibesitzer es als Strafe empfindet, wenn er sich mit einer halben Mark von einer ihm vielleicht oft lästig erscheinenden tariflichen Verpflichtung loskaufen kann. Dem organisierten Hilfspersonal kann wohl in dieser Beziehung kein Vorwurf gemacht werden und sollte dem Verwalter des Nachweises bekannt werden, daß ein oder das andere unserer Mitglieder den Nachweis umgeht, dann dürfte eine Meldung an den Ortsvorstand sicher ganz andere Folgen zeitigen, als sie die oben erwähnte „Strafe“ bewirkt. Wir sehen in diesem Beschluß nur einen Freibrief für Prinzipale, denen daran gelegen ist, unorganisiertes Personal von der Strafe einzustellen, ohne Gefahr zu laufen, daß ihre Handlungsweise als eine Tarifverletzung hingestellt wird. Wäre es den Leipziger Buchdruckermeister erst mit der strikten Befolgung der Arbeitsnachweisebestimmungen, dann würden sie gewiß andere Mittel zur Inanspruchnahme bringen können, mit denen den gerügten Mißständen viel wirksamer entgegengetreten werden könnte.

Tarifabschluß der Buchbinder in Bielefeld. Die Organisation der Buchbinder in Bielefeld schloß nach längeren Verhandlungen mit der Innung einen neuen Tarif ab. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde von 55 auf 54 Stunden herabgesetzt, die Gehilfenlöhne wurden um 1 Mk. bis 150 Mk. erhöht, die Löhne der Hilfsarbeiter und Mädchen um 50 Pfg. Auch eine Anzahl der Innung nicht angehörende Firmen haben den Tarif anerkannt. Zu den neuen Bedingungen arbeiten ca. 120 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Untarifliche Zustände in Leipziger Buchbindereien hatten sich seit einigen Jahren dadurch eingebürgert, daß die Prinzipale solche Arbeiten, die in dem zwischen dem Verband Deutscher Buchbindermeister und dem Deutschen Buchbinderverband vereinbarten Tarifvertrag für die Städte Berlin, Leipzig und Stuttgart ausdrücklich als Gehilfenarbeit bezeichnet wurden, von Arbeiterinnen herstellen ließen und ihnen 20–30 Proz. teilweise sogar bis zu 50 Proz., von den vereinbarten Preisen abgaben. Die Arbeiter vermochten zunächst dieses Vorgehen nicht in der geeigneten Weise abzuwehren. Da aber jetzt der Uebelstand sich wesentlich verschlimmerte und auch auf die Städte Berlin und Stuttgart übergreifen drohte, wurde vom Vorstand des Buchbinderverbandes die Einberufung einer gemeinsamen Sitzung der Vorstände des Verbandes Deutscher Buchbindermeister und des Buchbinderverbandes gefordert, damit durch gemeinsame Uebereinkunft den tarifwidrigen Zuständen in Leipzig ein Ende bereitet werde. Kroßdem in der am 11. Oktober im Leipziger Buchgewerbehause tagenden Sitzung das Verhalten der Leipziger Buchbindermeister auch von

den Berliner und Leipziger Prinzipalen als untariflich bezeichnet wurde, konnte eine Einigung nicht erzielt werden, da die Arbeitgeber in einer Volksversammlung ihres Verbandes zu der Sache erst Stellung nehmen wollten. Am 23. Oktober kam es nun in einer neuen Sitzung zu einem Vergleich dahingehend, daß das Deckmachen durch Arbeiterinnen überhaupt aufhören soll und die Anfertigung von Broschüren durch weibliche Arbeitskräfte nur insoweit gestattet wird, als es sich um dünne Hefte handelt. Wenn sonstige Gehilfenarbeiten durch Arbeiterinnen hergestellt werden, so dürfen im Höchstfall nur 20 Proz. von den festgelegten Gehilfenlöhnen in Abzug gebracht werden. Es hätte der untarifliche Zustand voll beseitigt oder doch wesentlich eingeschränkt werden können, wenn die Berliner und Leipziger Prinzipale auch in der zweiten Vorstandssitzung das Verhalten ihrer Leipziger Kollegen so entschieden verurteilt hätten, wie in der ersten. Wenn diese Herren zu einem Wechsel in ihrer Auffassung gekommen sind, etwa durch den Hintergedanken, gleiche tarifwidrige Zustände in ihren Werkstätten einzuführen, so dürften sie bei dieser Kalkulation einen Faktor nicht in Rechnung gestellt haben, nämlich den entschiedensten Widerstand ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen! — Es wird nun Sache der Leipziger Buchbindermeister und Arbeiterinnen sein, bei Ablauf des Tarifs im Jahre 1911 den nun eingeschränkten Mißstand vollständig zu beseitigen.

Die Staatsbeihilfe zu den Arbeitslosenkassen in Frankreich. Das französische Arbeitsministerium veröffentlichte in einem kurzen recht interessanten Bericht über die Verwendung der pro 1908 zur Verfügung stehenden Staatsmittel zur Förderung der Arbeitslosenversicherung. Seit vier Jahren erst wird zu diesem Zwecke alljährlich eine bestimmte Summe in den Etat des Arbeitsministeriums eingelegt. Für das Jahr 1908 betrug sie wiederum 110 000 Francs (88 000 Mark), eine gewiß sehr beachtenswerte Summe, doch wurden insgesamt davon nur 47 824 Frs., also nicht ganz die Hälfte, von Subventionen ausbezahlt. Im Vorjahre war das Verhältnis noch schlechter gewesen, nur 32 240 Frs. hatten zur Auszahlung gelangen können.

Der offizielle Bericht betont, daß die Einrichtung der staatlichen Zuschüsse zu den Arbeitslosenkassen nur das Prinzip der Arbeitslosenversicherung fördern will, und zwar prinzipiell die zu diesem Zwecke von den Arbeitern geschaffenen Einrichtungen. Der Betrag, der an die in Betracht kommenden Kassen geleistete Zuschuß ist seit kurzem um 25 Proz. erhöht worden; lokale Arbeitslosenkassen erhalten 16–20 Proz., zentralisierte Kassen dagegen 24–30 Proz. der aus eigenen Mitteln gewährten Arbeitslosenunterstützung zuzückerstattet. — Da die Ansprüche an den Fonds des Arbeitsministeriums immer noch recht minimale sind, wurden die Höchsthöhe der Subventionen 20 bzw. 30 Proz. an die betreffenden Kassen ausbezahlt. Diejenigen Kassen, die sich um die staatliche Subvention bewerben, müssen vor allen Dingen ihre detaillierten und kontrollierbaren Rechenschaftsberichte veröffentlichen. Diesem Umstande wird es hauptsächlich zugeschrieben, daß die Zahl der Bewerbungen so gering ist. — Im ersten Halbjahre gingen Unterstützungsanträge von 97 Arbeitslosenkassen ein, von denen 73 insgesamt 23 138 Frs. Subventionen erhielten. Die übrigen sandten entweder ungenügende Berichte oder verweigerten die verlangten Auskünfte. — Von 112 Kassen, die im zweiten Halbjahre die Subvention nachsuchten, konnten 68 Kassen insgesamt 24 686 Frs. erhalten. Den anderen mußte zumeist aus den vorher genannten Gründen die Subvention verweigert werden.

Die subventionierten drei Zentral-Arbeitslosenkassen, die des Buchdrucker-, des Lithographen- und des Maschinenbauer-Verbandes, zählten 15 578 Mitglieder, während die Gesamtzahl der Mitglieder aller subventionierten Kassen 31 248 betrug! Diese drei Verbandsklassen zahlten an 3097 arbeitslose Mitglieder für 37 866 arbeitslose Tage insgesamt 93 479 Frs. Arbeitslosenunterstützung; sie erhielten 26 696 Frs. Subvention. Alle 49 subventionierten Lokalkassen, die während des ganzen Jahres Subvention erhielten, hatten insgesamt 3600 Arbeitslose, denen für 61 000 Tage Arbeitslosigkeit 104 000 Frs. an Unterstützung gezahlt wurden. — Die Zahl der während des ganzen Jahres subventionierten Arbeitslosenkassen ist von 43 in 1907 auf 52 in 1908 gestiegen. Für den segensreichen Einfluß der Arbeitslosenunterstützung und deshalb auch der Förderung derselben durch den Staat führt der Minister das Beispiel

des Töpfergewerbes an. In der Stadt Rimoges bestehen 7 Arbeitslosenkassen für die Arbeiter dieser Industrie, mit insgesamt 1098 Mitgliedern, von denen infolge der Krise im Jahre 1908 nicht weniger als 803 arbeitslos waren. Diese bezogen während einer Gesamtdauer von 20 676 Tagen 31 607 Frs. an Arbeitslosenunterstützung.

Literatur.

Was muß der Arbeiter von der Krankenversicherung wissen? Unter diesem Titel ist im Verlag der Buchhandlung Volkstümme in Frankfurt a. M. eine kleine Schrift von dem Arbeitersekretär Eduard Gräf erschienen, die für 10 Pf. in allen Buchhandlungen zu haben ist und den Zweck verfolgt, in gedrängter Kürze (auf 16 Seiten) allen Interessenten das Wesentlichste vom Versicherungszwang, dem Kreis der Versicherungspflichtigen, den Pflichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, den Beitragleistungen, Strafbefugnissen der Krankenkassen usw. zu erklären. Besonders instruktiv sind für die Arbeiterchaft die Abhandlungen über die vom Gesetz unterschiedenen „Mindestleistungen“ und „Mehrerleistungen“, die Erlasspflichten gegenüber den Krankenkassen, die Errichtung und Schließung der Kassen, die Aufsichtsbekörden und die Schaffung der Reservefonds. In dem Schriftchen wird auch mehrfach darauf hingewiesen, wie wichtig für die Arbeiterchaft die Erhaltung des Selbstverwaltungsrechts ist und wie dringend notwendig es wäre, weite Kreise der Lohnarbeiter, denen in der Schule auch nicht das Mindeste von der Krankenversicherung usw. beibracht wurde, mit dem alten Gesetz und auch mit dem Entwurf der neuen Reichsversicherungsordnung bekannt zu machen. — Von demselben Verfasser ist auch eine Schrift im selben Umfang und zum selben Preise erschienen: **Was muß der Arbeiter von Unfallversicherung wissen?** Auch dieses Schriftchen zeichnet sich, ebenso wie das obengenannte, dadurch vor ähnlichen „Notabern“ aus, daß es aus der Praxis für die Praxis geschrieben ist.

Arbeiter-Notiz-Kalender. Dieser allgemein beliebte Taschenkalender für das Jahr 1910 ist zur Ausgabe gelangt. Jahr für Jahr erwirbt sich der Arbeiter-Notiz-Kalender neue Freunde, was bei der Reichhaltigkeit des Inhalts auch nur selbstverständlich erscheint, und ist auch diesmal mit einer guten Aufnahme in der Arbeiterchaft zu rechnen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Reichstagswahlen 1907 und die Nachwahlen. — Stimmenzahl der einzelnen Parteien bei der letzten Wahl und Stärke der Fraktionen. — Biographische Notizen unserer Reichstagsabgeordneten. — Die bürgerlichen Parteien Deutschlands. — Aus den sozialdemokratischen Organisationen. — Preissteigerung und Arbeitslohn. — Was die Berufszählung lehrt. — Sozialdemokratische und Gewerkschaftspresse. — Die Gewerkschaften Deutschlands. — Internationale Streit- und Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908. — Adressen der Arbeiter-Sekretariate und der Vorstände der Zentralverbände. — Adressen der deutschen sozialdemokratischen Vereine im Auslande. — Die deutschen Gewerbeinspektoren. — Kalendarium und Geschichtskalender. — Portotaxe. — Vielesitiges Adressenmaterial. — Außerdem enthält der Kalender ein Bebilderträt sowie die Porträts der in den Nachwahlen gewählten Genossen Binder, Huber und Schöpflin. — Der Preis des Kalenders ist auf 50 Pf. herabgesetzt, womit der Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, einem oft geäußerten Wunsch der Genossen entspricht. Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungsbedeure und Parteibuchhandlungen.

Adressenveränderungen.

Stettin. Infolge Abreise des Kollegen Gummert hat der Kassierer Fr. Schirmer, Klosterstraße 3, IV, die Geschäfte des Vorsitzenden bis auf weiteres übernommen.

Abrechnungen

vom 3. Quartal gingen in dieser Woche ein aus

Augsburg	63,52 M.	Naumburg	15,78 M.
Breslau	200,00 „	Strahburg	387,80 „
Dresden	401,78 „	Stuttgart	343,34 „

S. Rodahl.